



Auf der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Landesverbandes tauschten sich Nordrhein-Westfalens Sozialminister Guntram Schneider und SoVD-Landesvorsitzende Gerda Bertram (hinten, 4. und 3. v. li.) über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aus.

Sondersitzung des Sozialpolitischen Ausschusses

Gespräch mit dem Sozialminister

Zu einem intensiven Austausch über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen trafen sich die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) des SoVD NRW mit dem Landessozialminister, Guntram Schneider (SPD). An der Sondersitzung des Ausschusses nahmen auch Mitglieder des Landesvorstandes teil.

Sozialminister Schneider sagte: „Sozialpolitik kann nur mit und nicht gegen die Verbände gestaltet werden. Den konstruktiven, kritischen Austausch schätze ich sehr.“ Mit Blick auf den Aktionsplan der Landesregierung betonte er, das darin verankerte Normenkontrollverfahren sei bundesweit einzigartig. Mit diesem Verfahren würden alle Landesgesetze daraufhin überprüft, ob sie mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar sind.

Auch wenn der SoVD NRW grundsätzlich das Bemühen der Landesregierung begrüßt, die Selbstbestimmungs- und Teilhaberechte behinderter Menschen zu wahren, so fiel die genaue Betrachtung des Aktionsplans kritisch aus. „Nachbesserungsbedarf besteht aus unserer Sicht vor allem bei der beruflichen Teilhabe behinderter Menschen, bei der Barrierefreiheit und bei der schulischen Inklusion“, fasste Landesvorsitzende Gerda Bertram zusammen.

Der Vorsitzende des SPA, Daniel Kreutz, wies außerdem auf

die mangelnde Finanzierungsgrundlage des Aktionsplans hin: „Der gesamte Plan steht unter Finanzierungsvorbehalt. Bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention geht es aber um die Gewährleistung von Menschenrechten. Menschenrechte nach Kassenlage darf es nicht geben“, kritisierte Kreutz.

Dr. Horst Cramer, Arbeitsmarktexperte im Sozialpolitischen Ausschuss, merkte an, dass Menschen mit Behinderung überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen seien. Er forderte: „Man kann nicht hoffen, dass sich das Problem von selbst löst. Nach unserer Auffassung müssen Arbeitgeber auch von der Landesregierung viel stärker in die Pflicht genommen werden als bisher.“

Das SPA-Mitglied Friedrich-Wilhelm Herkelmann unterstrich die Bedeutung der Barrierefreiheit für die Teilhabe behinderter Menschen. Aus Sicht des SoVD NRW dürften

Bauvorhaben nur noch dann vom Land gefördert werden, wenn die Barrierefreiheit gewährleistet sei. Probleme sehe er besonders bei Kliniken, Heimen und anderen Einrichtungen der Altenhilfe. „Obwohl die Gebäude explizit für Menschen mit Behinderungen errichtet worden sind, wird viel zu wenig auf Barrierefreiheit geachtet“, sagte er und gab ein Beispiel: „Mir sind Heime bekannt, in denen es zwar Pflegebetten gibt, aber die passen dann gar nicht durch die schmalen Türen.“

Die Umsetzung der inklusiven Bildung im Bundesland NRW kritisierte Stefan Koch, Referent für Sozialpolitik: „Die jetzige Bildungspolitik verhindert einen grundlegenden Systemwechsel vom selektiven zum inklusiven Bildungssystem. Das bestehende System wird zementiert und nicht reformiert“, so Koch.

Vielfach signalisierte der Landesminister große Sympathie für die Forderungen des SoVD NRW. Er verwies jedoch auf das „politisch Machbare“. Um im direkten Kontakt zu bleiben, bot Schneider an, Gespräche in gleicher Runde von Zeit zu Zeit zu wiederholen.

SoVD NRW kritisiert Gesetzentwurf

Wohngemeinschaft statt Pflegeheim?

Die Landesregierung will das Wohn- und Teilhabegesetz sowie das Landespflegegesetz reformieren. Im Mittelpunkt der Reform steht der Ansatz: weg von der großen Pflegeeinrichtung, hin zur kleinen Wohngemeinschaft mit angeschlossenem Pflegedienst.

Dieser Ansatz wird vom SoVD NRW zwar grundsätzlich begrüßt. Kritisch ist aus Sicht des Landesverbandes aber, dass die neuen Wohngemeinschaften nach bisherigem Stand auf Kosten der Betreuungs- und Versorgungsqualität gefördert werden sollen.

In einer Wohngemeinschaft (WG) sollen demnach bis zu zwölf pflegebedürftige Menschen leben und von einem ambulanten Pflegedienst versorgt werden. Im Gegensatz zum Heim sollen dort andere Mindeststandards gelten. So soll ein Duschbad mit Toilette für vier Personen ausreichen. In Heimen wäre ein Bad für maximal zwei Bewohner erlaubt. Ebenso sollen in den WGs weniger Fachkräfte zulässig sein. Das Absenken der Standards lehnt der SoVD NRW ab: „Die Wohngemeinschaft kann nur dann eine echte Alternative zum Heim sein, wenn dort die gleichen Qualitätsstandards gelten wie im Heim. Und die reichen ja heute oft schon nicht aus, um den Bedürfnissen der Bewohner gerecht zu werden“, kritisiert Landesvorsitzende Gerda Bertram.

Eine Kernforderung des SoVD NRW für Menschen im Pflegeheim ist das Recht auf ein Einzelzimmer. Der Schutz der Privat- und Intimsphäre ist ein Menschenrecht, das sich unmittelbar aus der UN-Behindertenrechtskonvention ergibt. Diesem widerspricht nach Meinung des SoVD, wenn Menschen im Heim gegen ihren Willen in Doppelzimmern untergebracht werden können. Aber das soll auch nach der Reform weiter zulässig sein. Im Gesetzentwurf ist zwar ein Wunschrecht auf ein Einzelzimmer formuliert. Aber es kann weder von den Einwohnern eingeklagt werden noch führt es dazu, dass die Bestandseinrichtungen ihre Doppelzimmer abschaffen müssen. Bertram erklärt: „Ein Recht, das zwar benannt ist, aber bei dem nicht einmal klar ist, wie oder von wem es eingefordert werden kann, ist nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Wir werden uns weiterhin für ein einklagbares Recht auf ein Einzelzimmer starkmachen und die Reform weiter kritisch begleiten.“



Gerda Bertram



Foto: Peter Atkins/fotolia

Privatsphäre: Fehlanzeige? Bewohner von Pflegeheimen können auch weiterhin kein Einzelzimmer einklagen. Doch auch in Wohngemeinschaften leiden die Qualität.



Das Gesetz soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Der SoVD NRW hat zum Entwurf eine Stellungnahme abgegeben. Interessierte können sie im Internet abrufen unter: www.sovd-nrw.de.

Kölner Beratungsbüro für Inklusion

Anlaufstelle für Kinder und Eltern

Obwohl Kinder mit Behinderung nach der UN-Behindertenrechtskonvention Anrecht auf gemeinsamen Unterricht in der Regelschule haben, bleibt ihnen der Zugang noch oft verwehrt.

Die Schulämter können gegen den Willen der Kinder und Eltern die Beschulung in der Förderschule anweisen, wenn zum Beispiel die sonderpädagogische Förderung an der Regelschule fehlt.

In der neuen Beratungsstelle Inklusion in Köln können sich Betroffene beraten lassen, wenn sie ihr Recht auf inklusive Bildung dennoch durchsetzen wollen. Ende April eröffnete der Elternverein „mittendrin e. V.“ das Büro in der Luxemburger Straße 189 – in unmittelbarer Nachbarschaft zur SoVD-Bezirksgeschäftsstelle.

„Nach mehr als sechs Jahren Lobby-, Informations- und Beratungsarbeit für inklusive Bildung haben wir nun endlich eigene Räume“, freute sich Eva-Maria Thoms, Vorsitzende des Elternvereins. In dem Ladenlokal wird nun Beratung für Eltern angeboten, die ihr Kind trotz Behinderung an einer allgemeinen Schule lernen lassen möchten. Ebenso sind die Schüler selbst und ihre Lehrer willkommen, um Fragen zum Lernen und zu Unterstützungen zu besprechen.

Auch Veranstaltungen und Fortbildungen zur Inklusion soll es geben. Spenden und Fördermittel finanzieren das Büro.



mittendrin e. V., Luxemburger Straße 189, 50939 Köln, Tel.: 0221/3377630. Die Beratung ist kostenlos. Sie findet dienstags von 15 bis 18 Uhr und donnerstags von 10 bis 13 Uhr statt.

Umsetzung der inklusiven Schule

NRW ist Schlusslicht

Im bevölkerungsreichsten Bundesland kommt das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern nur langsam voran. Das geht aus einer Studie von Bildungsökonom Prof. Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hervor.

19,2 Prozent der Kinder mit Förderbedarf besuchen in Nordrhein-Westfalen die Regelschule. Nur in Hessen und Niedersachsen ist der Inklusionsanteil noch geringer. Im Bundesdurchschnitt geht jedes vierte Kind mit Förderbedarf auf eine reguläre Schule.

„Kinder mit Behinderung müssen zwar nicht länger automatisch auf eine getrennte Förderschule gehen“, erklärte Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Dennoch führte dies in NRW nicht zum Rückgang des Schüleranteils an Sonderschulen. Im März 2009, als die UN-Konvention in Kraft trat, besuchten 5,2 Prozent aller nordrhein-westfälischen Schüler eine separate Förderschule. Vier Jahre später ist der Anteil mit 5,3 Prozent fast unverändert.

Ein Stufenvergleich zeigte: Je älter die Kinder sind, desto kleiner ist ihre Chance auf gemeinsames Lernen. Vor der Einschulung gehen in NRW fast 71 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in eine inklusive Einrichtung. Das sind etwas mehr als bundesweit (67 Prozent). In der Grundschule kehrt sich das Verhältnis um: Nur noch gut 36 Prozent der Förderschüler besuchen einen gemeinsamen Unterricht, bundesweit immerhin knapp 40. In der Sekundarstufe I bleibt NRW mit 14,5 Prozent weit unterm Bundesdurchschnitt (22 Prozent).

Auch seien zusätzliche Investitionen nötig: Professor Klemm berechnete, dass – selbst wenn die Mittel der Sonderschulen zu den Regelschulen umgeschichtet würden – NRW jährlich über 95 Millionen Euro für 1339 weitere Lehrkräfte brauche, um inklusiven Unterricht in angemessener Qualität anzubieten. Dräger unterstrich: „Inklusion ist richtig und wichtig, aber die Schulen brauchen Unterstützung und vor allem genügend gut ausgebildetes Personal.“



Foto: Eléonore H/fotolia

Auf gemeinsames Lernen warten Kinder in NRW noch.

Ambulante Pflegedienste protestieren

Pflege braucht mehr Geld

In ganz Nordrhein-Westfalen sind derzeit Autos von Pflegediensten zu sehen, die mit einer Fahne am Seitenfenster mit dem Aufdruck „Hilfe! Mehr Zeit für Pflege!“ gegen ihre Arbeitsbedingungen protestieren. Rund 930 ambulante Dienste der freien Wohlfahrtspflege schlossen sich dem Protest an. Sie fordern von den Krankenkassen eine bessere Vergütung für ihre Leistungen.

Schon mit über 60 Aktionen machten die ambulanten Pflegedienste auf ihre Situation aufmerksam: vom Autokorso über Demonstrationen bis zu Infoveranstaltungen. „Die breite Resonanz zeigt, unter welchem enormen Druck die Pflegedienste die Menschen in unserem Land versorgen“, so Hermann Zaum, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW.

Die Wohlfahrtsverbände fordern eine viel höhere Vergütung von Leistungen der häuslichen Pflege durch die Krankenkassen. Das sei dringend nötig, um den Pflegekräften die Zeit für eine würdevolle Pflege der Patienten zu geben. Zaum erklärte: „Die häusliche Krankenpflege macht seit Jahren konstant zwei Prozent an den gesamten Ausgaben der gesetzlichen Kran-



Foto: Caritas/cpd/Leskovsek

Landesweit protestieren Mitarbeitende der ambulanten Pflegedienste gegen die zunehmende Arbeitsverdichtung. Sie führe dazu, dass Patienten nur noch im Akkord versorgt werden können.

kenkassen aus. Die Kassen können die Pflegeleistungen deutlich besser vergüten, ohne dass das spürbare Auswirkungen auf die Beiträge der Versicherten hätte.“

Zaum wies auf die hohe Arbeitsverdichtung hin. Auf einer vierstündigen Tour müssten oft 16 Menschen versorgt werden. Vor zehn Jahren seien es noch zwei bis drei weniger gewesen.

Veranstaltung des Kreisverbandes Essen

Über Barrieren vor Ort diskutiert

Essen legte als eine der ersten Kommunen in NRW einen Inklusionsplan vor. Damit will die Stadt die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention voranbringen. Das war Anlass für den SoVD Essen, um den Stand der Inklusion vor Ort öffentlich zu diskutieren: Der Kreisverband lud ins „Haus der Begegnung“ Vertreter der Stadt Essen und der Ratsfraktionen ein.

„Menschen mit Behinderung stoßen im öffentlichen Raum immer noch auf viele Hürden und Hindernisse – egal, ob es um den Einkauf um die Ecke, den Besuch der Schule, die Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr oder den Termin beim Arzt geht“, sagte Kreisvorsitzende Renate Falk. „Es ist nicht so, dass Türen extra schmal gesetzt und Treppen gebaut werden, damit Rollstuhlfahrer und Benutzer von Rollatoren nicht durchkommen können. Doch die Unwissenheit und die Barrieren in den Köpfen führen im Alltag oft zur Ausgrenzung.“

Mit der Veranstaltung wolle der SoVD die Politik für die Belange Behinderter sensibilisieren und aufzeigen, dass auch die Kommunen verpflichtet sind, die UN-Konvention umzusetzen: Sie müssen Zugangshindernisse in Transport, öffentlichen Gebäuden, Kommunikation und Schulen beseitigen.

Den Nachholbedarf zeigte ein Vortrag von Stefan Koch, Referent für Sozialpolitik beim Landesverband. Die Kommunen könnten sich nicht auf eine Bringschuld von Bund und Land zurückziehen. Koch stellte klar: „Die Stadt Essen



V.l.: Moderator Heinz Böcker, Janina Herff (Die Linke), Karl-Heinz Endruschat (SPD), Christine Müller-Hechtfellner (Bündnis 90/Die Grünen) und Jutta Eckenbach (CDU).

ist von sich aus gefordert, aktiv zu werden.“ Der SoVD begrüßte den Inklusionsplan als ersten Schritt. Doch er reiche nicht. Man müsse klären, was Teilhabe und Selbstbestimmung konkret verhindere, und dann klar formulieren, wie und wann die Barrieren abgebaut würden.

Sozialdezernent Peter Renzel sagte, Essen setze auf eine Politik der Vielfalt. Es sei angekommen, dass Inklusion nicht auf Bildung begrenzt sei. Der Plan enthalte auch den Abbau von Barrieren im Verkehr oder neue Arbeitsplätze für Behinderte in der Verwaltung. „Wir sind weit,

auch wenn wir das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht haben“, so Renzel.

Moderiert von Heinz Böcker vom SoVD-Kreisvorstand diskutierten die Ratsmitglieder Karl-Heinz Endruschat (SPD), Jutta Eckenbach (CDU), Christine Müller-Hechtfellner (Bündnis 90/Grüne) und Janina Herff (Die Linke), was sich konkret ändern müsse. Einig waren alle, dass die Menschen mit Behinderung aktiv in den Prozess einzubeziehen seien.

Unter den ca. 60 Gästen waren auch Gehörlose, die mithilfe von Dolmetschern mitdebattierten.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Dortmund

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschäftigt auch den Rat der Stadt Dortmund. In einer Ratsitzung trug Friedrich-Wilhelm Herkelmann, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD NRW und Vorsitzender des örtlichen behindertenpolitischen Netzwerkes, zum Inklusionsprozess vor. Herkelmann forderte eine wissenschaftliche Untersuchung, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung analysiere. Nur so könne ermittelt werden, welche Barrieren die Teilhabe- und Selbstbestimmungsrechte konkret beschränken: „Wir wissen, dass etwa 13,5 Prozent der Dortmunder einen Schwerbehindertenausweis haben. Wir wissen aber nicht, ob sie Arbeit haben; ob sie in Miet- oder Eigentumswohnungen wohnen; ob und wie sie in unserer Stadt zurecht kommen“, so Herkelmann. Nach der Analyse müsse man mit Behindertenverbänden einen Aktionsplan zum Abbau der Hindernisse erarbeiten.



Kreisverband Dortmund

Bezirksverband Hamm/Unna

Unter der Leitung von Bezirksfrauensprecherin Monika Holtsträter tagten die Frauensprecherinnen in Hamm. Sie beschäftigten sich intensiv mit Alterserkrankungen wie Demenz und Alzheimer. Die Logopädin Silke Schneider-Lingstädt stellte Symptome vor und gab praktische Tipps zum Umgang mit Patienten. Einfache

Maßnahmen könnten das Selbstwertgefühl der Betroffenen fördern. Wichtig sei zudem, zu erkennen, dass begleitende Angehörige die Verhaltensweisen des Patienten nicht ändern könnten. Es sei nur möglich, das eigene Verhalten zu verändern. Der Vortrag fand großen Anklang. Für Oktober planen die Frauen eine weitere Tagung.

Ortsverband Rotthausen

Sein 65-jähriges Bestehen feierte der Ortsverband Rotthausen. Unter den vielen Ehrengästen begrüßte Vorsitzender Wilfried Könecke Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski (SPD), SoVD-Mitglied und Stadtverordnete Annelie Hensel (CDU), Bezirksbürgermeister Bernd Lemanski (SPD) sowie die 2. SoVD-Landesvorsitzende Renate Falk. Diese überbrachte Grüße vom Landesverband und ging auf aktuelle sozialpolitische Themen ein. Falk forderte einen Kurswechsel in der Renten- und Pflegepolitik. Die Vergangenheit des SoVD zeige, dass es sich lohne, für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe zu kämpfen. Das sei in Zeiten des Sozialabbaus nötiger denn je. Ein Geburtstagsständchen sang der Shanty-Chor Wattenscheid.

Ortsverband Hagen

Zur Mitgliederversammlung mit Ehrungen in Hagen begrüßte Vorsitzender Peter Nöldner die Vorsitzende des Bezirksverbandes Iserlohn/Hagen/Wuppertal, Barbara Lazaris. Sie dankte den langjährigen Mitgliedern für deren Treue.

Der Vorstand informierte auch über die neuen Rundfunkbeiträge. Und es gab einen Gastvortrag: Dagmar Roggenkamp vom örtlichen Pflegedienst referierte zu Leistungen der Pflegeversicherung. Das Treffen klang gesellig aus.

Ortsverband Hahlen

In Hahlen hieß Vorsitzende Erika Volkmann zahlreiche Mitglieder zur Versammlung willkommen. Auf dem Pro-

gramm standen Ehrungen, Berichte zum letzten Verbandsjahr und die Jahresplanung. Für die nächsten Monate ist viel geplant: Kaffeenachmittage, ein Tagesausflug, ein Grillfest, ein Spieleabend und mehr. Die Veranstaltung wurde auch zum regen Austausch genutzt.

Ortsverband Lüdenscheid

Auf der Versammlung in Lüdenscheid überbrachte Bürgermeister Dieter Dzewas (SPD) Grüße der Stadt. Er lobte das Engagement, vor allem das für ältere Menschen. In einer kleinen Diskussionsrunde nahm er Stellung zu lokalpolitischen Themen, die auch die Mitglieder sehr interessierten.

Vorsitzender Klaus Cyfka zog Bilanz über die örtliche SoVD-Arbeit: Die monatlichen Infoveranstaltungen, Klön- und Spielenachmittage fänden regen Zulauf. Auch Ausflüge kämen nicht zu kurz. Dieses Jahr sei noch einiges geplant, etwa Ausflüge nach Ahaus und Köln.

Ortsverband Verl

Das Mitgliederecht in Verl bleibt gut. Vorsitzender Walter Thiesbrummel sagte auf der Versammlung: „Die positive Resonanz liegt an der intensiven Betreuung der Mitglieder und an der guten Vernetzung im Kreisverband.“ Vom Kreisvorstand waren die Vorsitzende Angelika Winkler sowie die 2. Schriftführerin Ruth Niederlücke da und ehrten die Jubilare. Zu Gast war auch Dr. Bernd Fischer, Transplantationsbeauftragter des Klinikums Gütersloh. Er referierte zur Organspende.

Ortsverband Schloß Holte

Bei der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Schloß Holte blickte Vorsitzende Helga Berg auf die Unternehmungen des vergangenen Verbandsjahres zurück – und kündigte neue an: zum Beispiel einen Ausflug am 28. September. Der 2. Kreisvorsitzende Josef Westerschlink referierte zur UN-Behindertenrechtskonvention und verdeutlichte, welche Teil-



Foto: Fobe

Ortsverband Rheda-Wiedenbrück

habe- und Selbstbestimmungsrechte Menschen mit Behinderung haben.

wichtige Voraussetzung, damit Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben teilnehmen könnten. Aktuell verhinderten dies besonders bauliche Mängel. Hier hatte Pfarrer Marco Beuermann eine positive Nachricht: Beim Umbau des evangelischen Gemeindehauses werde auf behindertenfreundliche Gestaltung Wert gelegt.

Ortsverband Rheda-Wiedenbrück

Vorsitzende Margret Kohler begrüßte zur Versammlung in Rheda-Wiedenbrück als Gast auch die stellvertretende Bürgermeisterin Gudrun Bauer (SPD), die das Engagement des SoVD lobte. Grüße vom Kreisverband überbrachte dessen Vorsitzende Angelika Winkler. Sie sensibilisierte die Anwesenden für das Thema Barrierefreiheit vor Ort. Diese sei eine

Zum Schluss wurden langjährige Mitglieder und Ehrenamtler geehrt. Darunter war die Ortsverbandsvorsitzende, die von der Kreisvorsitzenden für ihr 15-jähriges Engagement besonders gelobt wurde.



Ortsverband Hagen



Ortsverband Hahlen



Bezirksverband Hamm/Unna



Ortsverband Rotthausen



Personalien



Angelika Winkler (Foto), Landesvorstandsmitglied, feiert am 29. Juni ihren 60. Geburtstag. Die Gütersloherin ist seit 1990 im SoVD. Seitdem war sie in vielen Ämtern auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Ortsverbandsebene ehrenamtlich aktiv. So gehörte sie dem Präsidium des Bundesverbandes an und war 2. Landesvorsitzende. Neben ihrer Funktion auf Landesebene ist sie 1. Kreisvorsitzende in Gütersloh. Winkler setzte sich auch in vielen externen Gremien für Menschen mit Behinderung ein, etwa im Landesbehindertenbeirat. Für ihr vielfältiges Engagement erhielt sie 2009 die Bundesverdienstmedaille.

Claudia Heinzen, Geschäftsführerin im Bezirksverband Rhein-Sieg/Bonn/Oberberg, hat am 1. Juni ihr zehnjähriges Dienstjubiläum beim SoVD. Die Juristin berät in Siegburg die Mitglieder in allen Fragen des Sozialrechts – vom Schwerbehindertenrecht bis zur Rente.



Petra Jansen (Foto), Mitarbeiterin in der Landesgeschäftsstelle, feiert am 14. Juni ihren 50. Geburtstag. Die Bürokauffrau mit der Zusatzqualifikation Personalsachbearbeitung ist seit Oktober 2011 beim Landesverband beschäftigt. Dort ist Jansen für personelle Angelegenheiten zuständig.

Michaela Quirin (großes Foto unten, re.) ist neue Mitarbeiterin für Frauen- und Jugendpolitik in der Landesgeschäftsstelle. Die 27-Jährige studierte in Köln und Trier Politikwissenschaft und Germanistik und schloss mit dem Bachelor ab. Es folgten Praktika im Deutschen Bundestag und in der politischen Bildung. Beim SoVD NRW arbeitet Quirin dem frauen- und dem jugendpolitischen Ausschuss zu.

Der SoVD NRW e.V. dankt den Genannten für ihr Engagement und ihre Verbundenheit und wünscht ihnen alles Gute.



Landesfrauensprecherin Gabriele Helbig (li.) begrüßte Michaela Quirin und wünschte ihr für ihre neue Aufgabe viel Erfolg.

29. Juni: Tag der Begegnung

Zum 60-jährigen Bestehen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) findet der Tag der Begegnung am 29. Juni in Köln statt: von 10 bis 18 Uhr im Rheinpark und

im Tanzbrunnen. Natürlich ist auch der SoVD NRW bei dem Inklusionsfest vertreten.

Auf Europas größtem Familienfest für Menschen mit und ohne Behinderung zeigen diese,

was sie in einer Gesellschaft für alle gemeinsam schaffen können – mit Musik, Tanz, Sport und vielen Mitmachaktionen. Mehr Infos unter www.tag-der-begegnung.lvr.de.



Der Landesverband gratuliert

Allen Geburtstagskindern und Jubilaren im Juni wünscht der SoVD Nordrhein-Westfalen e.V. auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband.

KV Bielefeld: Irmgard Kastning (91), Hilde Schmiesing (90), Günter Stenzel (93), Lina Schön (93), Else Krauzpaul (93), Marianne Söker (100), Elisabeth Schulze (93), Irmgard Hackmann (92), Stanislaus Murawski (91), Bruno Höner (92), Gerda Wehmeyer (94), Erna Grüne (101).

BV Bochum/Hattingen: Wilhelm Krieschbach (90), Ingeborg Mülders (92), Gerda Klemke (91), Sigrid Trinks (91).

BV Borken-Bocholt: Heinrich Tenhofen (97), Paul Demming (95).

KV Dortmund: Johanna Schröder (90), Paul Raat (92), Erna Nadolny (92), Ilse Schulz (92), Karl Dröse (90), Ursula Trost (91), Gerda Queck (93).

KV Düsseldorf: Antonie Michailow (90).

KV Duisburg: Maria Winsberg (90), Irena Cichowsky (93), Lieselotte Arendholz (90).

KV Essen: Walter Arnold (98), Anna Bertram (99), Friedrich Leise (92), Elsbeth Löbber (91).

BV Gelsenkirchen/Bottrop: Heinz Pawallek (92), Ernst Ehrentraud (95), Gertrud Schittek (90).

BV Hamm/Unna: Max Paulokat (90), Joachim Johannes (93), Helma Ullrich (94), Willi Schmidt (90).

KV Herford: Elly Fricke (91), Wilhelm Barz (90), Henny Witt (90), Else Vogelsang (98), Thea Biermann (91).

BV Hagen/Iserlohn/Wuppertal: Margarete Stefaniak (93).

BV Köln/Leverkusen/Erftkreis: Günter Breuksch (92), Anneliese Eick (91), Margarete

Thur (94).

KV Lippe: Elfriede Kastner (90), Elfriede Meier (91), Walter Schmidtpott (90), Hertha Spehl, Marta Wetzstein (93), Margarete Pieper (92), Rosemarie Held (92), Friedrich Lohmann (93), Ernst Wenski (91).

KV Lübbecke: Elfriede Koch (91), Marie Hagen (97), Christel Schmidt (90), Aurelie Bauer (90), Minna Wassmann (90), Walter Krüger (90), Heinrich Püffke (92), Sophie Brockschmidt (92), Käthe Probsthayn (95), Erich Schlüter (90), Ernst Tiemeyer (93), Karoline Telgheider (103), Marie Blome (91), Luise Südmeyer (91), Frieda Pieper (94), Else Bollhorst (90), Jan-Christoph Hoffmann (90), Hanna Kuschneit (90), Minna Niemann (99), Wilma Schumacher (90).

KV Lünen: Georg Schlienkamp (98).

Märkischer Kreis: Karl Umlauf (90), Elisabeth Grewe (90).

KV Minden: Gerhard Henke (93), Helmut Elbracht (90), Joachim Lachmann (91), Berta Gall-

meier (99), Elisabeth Sojka (92).

KV Mülheim/Oberhausen: Wilhelm Ueink (94), Else Segers (97).

BV Münster-Steinfurt: Else Laup (94).

KV Recklinghausen: Paul Pech (94), Wilhelm Latza (93), Josef May (90), Lothar Scholz (90).

KV Remscheid: Ilse Busch (91).

BV Rhein-Sieg/Bonn/Oberberg: Berk Freidin (90), Johann Fischer (93), Grada Ley-Brakel (94), Ruth Fischer (93).

BV Siegen-Olpe-Wittgenstein: Luise Dickel (93), Leonhard Homrighausen (90), Johannes Henrich (92).

KV Viersen: Lieselotte Zemke (90).

BV Unterer Niederrhein: Irene Herzlieb (91), Theodora Heuvel (95), Anna Fath (98).

BV Westfalen-Ost: Georg Schäfer (90).

KV Witten: Martha Schulz (95), Elisabeth Lyding (91), Martin Röser (91), Raymund Assheuer (90), Dorothea Kusell (90), Anna Mohn (90), Heinz Ehle (91).

Hohe Verbandsjubiläen

50 Jahre: Heinz Lenzgen (Bad Honnef).

55 Jahre: Johann Wevelsiep (Aachen), Elisabeth Knabe (Alsdorf), Klaus Springer (Dortmund), Karl Stienkemeier (Kirchlengern).

60 Jahre: Thea Buchner (Köln), Irmela Bohnen (Lemgo), Wolfgang Gläsker (Petereshagen), Bruno Odor (Sundern).

65 Jahre: Erich Schönteich (Bottrop), Christfried Hussmann (Espelkamp), Alma Mührmann (Altena), Ernst Renfordt (Altena).

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e.V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion/Ansprechpartnerin Landesbeilage: Michaela Gehms, Tel.: 0211/38 60 31 4, E-Mail: m.gehms@sovde-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030/726 22 21 41, E-Mail: redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos.

Anzeigen

Immobilien - Service - Baranovskis



Wir öffnen Türen...

Verkauf und Vermietung
von Häusern



Torsten Baranovskis

32108 Bad Salzuflen · Tel. 0 52 22 - 87 05 64 · Fax 0 52 22 - 87 05 65
E-Mail info@baranovskis.de · Homepage www.baranovskis.de

Die Vielfalt der Immobilienangebote und die vielfältigen Darstellungsmöglichkeiten machen den Immobilienmarkt für den Laien unübersichtlich. Eine Immobilie bietet viel mehr Möglichkeiten, als die reinen Daten erscheinen lassen. Als Ansprechpartner in Sachen Immobilien stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Ihr neuer Anzeigenvermarkter
der SoVD Zeitung!

DIALOGWELT
• Kooperationsmarketing • Mediaplanung • Listbroking

Ansprechpartner:
Dialog Welt GmbH | Aniko Brand
Lugwaldstraße 10 | 75417 Mühlacker
Telefon: 07041 / 9507-288
Telefax: 07041 / 9507-289
E-Mail: aniko.brand@dialogwelt.com

Wir freuen uns auf Ihre Buchungen!